



## Pressemitteilung

### Bundestag debattiert Verpackungsgesetz

### Kovac: „Bepfandung von Weinflaschen ist Nonsens – und nicht vorgesehen“

Berlin, 09.03.2017

Bezug:  
Anlagen:

**Kordula Kovac, MdB**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Büro: Jakob-Kaiser-Haus  
Raum: 4.560  
Telefon: +49 30 227-73 836  
Fax: +49 30 227-76 836  
kordula.kovac@bundestag.de

**Büro Wolfach:**

Schloßstraße 24 (Eingang über  
Kirchstraße)  
77709 Wolfach  
Telefon: +49 7834-86 88 666  
Fax: +49 7834-86 88 664  
kordula.kovac@bundestag.de

1 Am morgigen Freitag wird das neue Verpackungsgesetz erstmals  
2 im Plenum des Deutschen Bundestages debattiert. **„Die**  
3 **Ausnahmeregelungen von der Pfandpflicht im Entwurf des**  
4 **Verpackungsgesetzes bleiben im Wesentlichen unverändert zur**  
5 **bestehenden Verpackungsverordnung“**, betonte Kordula Kovac,  
6 weinbaupolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.  
7 Ein Beschluss des Bundesrates hatte im Vorfeld für Kritik  
8 gesorgt: Die Länderkammer forderte die Bepfandung von Wein-  
9 und Milchflaschen.

10  
11 **„Die CDU/CSU-Fraktion wird im Bundestag dem Vorschlag des**  
12 **Bundesrates nicht folgen. Und ich bin auch sehr zuversichtlich,**  
13 **dass die Bundesregierung diesem Nonsens ebenfalls nicht folgt“**,  
14 sagte Kovac. Der Aufwand, der mit einem Zwangspfand auf  
15 Wein- und Milchflaschen verbunden wäre, steht in keinem  
16 Verhältnis zum Nutzen, unterstrich Kovac. **„Sowohl für die**  
17 **Winzerbetriebe als auch für die Verbraucher würde ein**  
18 **Zwangspfand einen erheblichen Mehraufwand bedeuten. Es ist**  
19 **vor allem zu berücksichtigen, dass es schon heute ein**  
20 **funktionierendes System zum Glasrecycling gibt. Und einer**  
21 **freiwilligen Rücknahme und Wiederbefüllung - wie bereits**  
22 **praktiziert - steht selbstverständlich nichts im Wege“**, sagte  
23 Kovac, die als einzige südbadische CDU-Bundestagsabgeordnete  
24 im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft sitzt.

25  
26 Neu sind – im Vergleich zur bestehenden Verpackungsordnung -  
27 die vom Bundesumweltministerium vorgeschlagenen  
28 Pfanderhebungspflichten bei Frucht- und Gemüsenektaren,  
29 soweit es sich um kohlenensäurehaltige Nektare handelt. Auch  
30 bislang pfandbefreite Getränke mit einem Mindestanteil von 50  
31 % an Erzeugnissen, die aus Milch gewonnen werden, sollen  
32 künftig der Pfandpflicht unterliegen. Im geplanten  
33 Verpackungsgesetz ist eine Recyclingquote von mindestens 80  
34 Prozent vorgesehen.

35  
36 Der vorliegende Entwurf für ein Verpackungsgesetz verzichte  
37 hingegen laut Bundesregierung auf die ursprünglich



38 vorgesehene, flächendeckende gemeinsame Erfassung von  
39 Verpackungsabfällen und stoffgleichen Nichtverpackungen.  
40 Vielmehr sollten die Kommunen gemeinsam mit den dualen  
41 Systemen entscheiden können, ob sie auf ihrem Gebiet eine  
42 einheitliche Wertstoffsammlung von Verpackungen und  
43 stoffgleichen Nichtverpackungen aus Metall und Kunststoff  
44 durchführen wollen. Dazu solle nach dem Willen der Regierung  
45 die Zusammenarbeit zwischen den Kommunen und den dualen  
46 Systemen erleichtert werden. Auch sollten bereits eingerichtete  
47 Modelle einer einheitlichen Wertstoffsammlung problemlos  
48 fortgeführt werden können.  
49  
50 Mit dieser Lösung werde die allseits als sinnvoll erachtete  
51 einheitliche Wertstoffsammlung gefördert, ohne bestehende  
52 Zuständigkeiten zu verändern, heißt es in der Vorlage. Die  
53 Verantwortung der Kommunen für die Sammlung und  
54 Verwertung der stoffgleichen Nichtverpackungen bleibe erhalten.  
55 Der von der Bundesregierung vorgelegte „Entwurf für ein Gesetz  
56 zur Fortentwicklung der haushaltsnahen Getrennterfassung von  
57 wertstoffhaltigen Abfällen“ soll nach einer 45-minütigen Debatte  
58 zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Umwelt,  
59 Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit überwiesen werden.  
60  
61 Laut Bundesregierung sollen mit der Regelung insbesondere die  
62 Anforderungen an das Recycling deutlich erhöht und die dualen  
63 Systeme verpflichtet werden, ihre Beteiligungsentgelte stärker an  
64 der Recyclingfähigkeit der Verpackungen zu orientieren. In  
65 seiner Sitzung am 10. Februar hatte sich der Bundesrat für eine  
66 Regelung ausgesprochen, die auf eine Pfandpflicht auf Wein-,  
67 Sekt und Spirituosenflaschen hinauslaufen würde.